

Verfassungsinitiative „JA, Bildungsvielfalt für alle“

Stellungnahme der Grünen

Antworten des Initiativkomitees und der elternlobby.ch

Schwarz: Grüne, Marie Theres Beeler Baumeister, Liestal, NR Maya Graf

Rot kursiv: Antworten des Initiativkomitees und der elternlobby.ch, Januar 2008

Grüne: Stellungnahme zur kantonalen Initiative „Ja zur Bildungsvielfalt“

elternlobby.ch: Der Initiativtitel heisst korrekterweise „JA, Bildungsvielfalt für alle“. Die zwei wichtigen Worte „für alle“ fehlen.

Die Grünen anerkennen, dass die Initiative „Ja zur Bildungsvielfalt“ die alternativen Schulen im Kanton Baselland als pädagogische Bereicherung würdigt. Die Existenz alternativer Schulen in privater Trägerschaft belebt das Schulwesen, indem unterschiedliche Lernkonzepte zur Verfügung stehen. Die Qualitätsentwicklung der Schule erhält zudem wichtige Impulse, indem sich staatliche und alternative Schulen gegenseitig anregen. Die Grünen begrüßen die staatliche Finanzierung alternativer Schulen, welche in diesem Sinn zur Bereicherung der Bildungslandschaft beitragen und für alle Bevölkerungsgruppen offen sind.

Gewinnorientierte Eliteschulen für eine Minderheit sollen jedoch keine staatliche Finanzierung in Anspruch nehmen können. Das der Initiative zugrunde liegende Prinzip eines allgemeinen Bildungsgutscheins, wonach der Besuch sämtlicher privater Schulen durch einen Kostenbeitrag subventioniert soll, lehnen die Grünen klar ab. Zur Verhinderung einer Zweiklassenschule braucht es klare Auflagen an staatlich finanzierte private Schulen, welche der Initiative fehlen:

Es sollen nur Schulen finanziert werden, die mit denselben Mitteln auskommen wie die Staatsschulen und von den Eltern kein zusätzliches Schulgeld verlangen.

Die kriteriengeleitete Finanzierung der Schulen ist bereits in der Verfassungsinitiative enthalten. Die Initiative „JA, Bildungsvielfalt für alle“ verlangt eine Pro-Kind-Pauschale (nicht Bildungsgutschein), die den Durchschnittskosten eines Staatsschulkindes entspricht und diese erhalten nur nichtstaatliche Schulen, die ohne ethnische, religiöse und finanzielle Einschränkung offen für alle Kinder sind. Wir lehnen den Bildungsgutschein ab. Die Eltern bezahlen Steuern und damit wird die Bildung bezahlt. Jedes Kind hat Anspruch auf unentgeltlichen Schulunterricht.

Staatlich finanzierte Schulen nehmen Kinder und Jugendliche ohne Rücksicht auf deren sozialen, kulturellen und religiösen Hintergrund auf.

Nur öffentliche nichtstaatliche Schulen werden laut Initiativtext in Zukunft von der Öffentlichkeit bezahlt.

Staatlich finanzierte Schulen orientieren sich in der Besoldung, Ausbildung, Weiterbildung, Altersvorsorge der Lehrpersonen und deren Mitarbeitern an den staatlichen Standards.

Diese Auflagen sind zum Teil schon im Bewilligungspapier des AVS für nichtstaatliche Schulen enthalten. Zusätzliche detaillierte Standards gehören nicht in eine Verfassung, sondern müssen vom Parlament beschlossen werden. Sie gehören ins Bildungsgesetz oder in die Verordnungen.

Staatlich finanzierte Schulen erfüllen bezüglich Mittagstisch und Blockzeiten die Vorgaben des Bildungsgesetzes.

Noch lange nicht alle. Mittagstisch und all die anderen verschiedenen strukturellen und pädagogischen Schulmodelle sollen von Erziehungsberechtigten frei gewählt werden. Nur so werden die Eltern voll hinter ihrer Schule stehen und am selben pädagogischen Strick ziehen wie die Lehrpersonen. Auch Lehrpersonen sollen ihre Schule frei wählen können.

Aus Sicht der Grünen enthält die Initiative „Ja, zur Bildungsvielfalt“ mit der absolut freien Wahl jeder staatlichen Schule eine weitere problematische Forderung.

Wir Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die unseren Kindern zuteil werden soll (UNO-Menschenrecht). Für uns Eltern und unsere Kinder spielt die Trägerschaft der Schule, ob staatlich oder frei, überhaupt keine Rolle. Jedes Kind hat Anspruch auf eine seine Fähigkeiten entsprechende Bildung (Bildungsgesetz BL). **Die freie Schulwahl - auch innerhalb der Staatsschulen - hat in verschiedenen Ländern zu einer signifikanten Qualitätssteigerung innerhalb der Staatsschulen geführt.** Solange eine Schule die Konsequenzen eines schlechten Unterrichts in Form von weniger Anmeldungen nicht spürt, wird sich nicht viel ändern. Gute Schulen müssen keine Angst vor einem Massenexodus haben. Stellvertretend für unsere Kinder sind wir Erziehungsberechtigte die Kunden der Dienstleistung Schule und Bildung. Die Dienstleistung soll entsprechend den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Kinder gewählt werden können.

Die Grünen sind der Meinung, Schüler und Schülerinnen sollen in die am einfachsten erreichbare Schule gehen. Die am einfachsten erreichbare Schule ist entweder

- a) die Schule in der eigenen Wohngemeinde
- b) die zum Wohnort nächstgelegene Schule der Nachbargemeinde
- c) die Schule am Arbeitsort der Eltern

Nur bei Vorliegen besonderer Umstände haben die Eltern ein Antragsrecht, die Schule ihrer Kinder zu wechseln. Die Begrenzung zur Schulwahl hat auch ökologische Gründe, indem das „Müttertaxi-Unwesen“ minimiert wird.

Erste Priorität bei Ländern mit freier Schulwahl hat die Quartierschule und diese wird von den meisten Eltern gewählt. Doch kein Kind wird in diesen Ländern von Behördenmitgliedern gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zwangseingewiesen. Wir sind dagegen, dass „Kinder eine Schule aushalten müssen“ (Zitat von NR Maya Graf). Die Folgen reichen von Frustration über Krankheit bis hin zu Suizid. Entspricht eine Schule nicht den Bedürfnissen des Kindes, so soll es eine andere Schule besuchen können. Wir Erziehungsberechtigte finden, dass Lehrpersonen pädagogische Konkurrenz aushalten müssen. Schulen sind für die Kinder da und nicht für das Lehrpersonal. Wir werden laut Verfassung auch nicht zum nächstgelegenen Arzt, Spital, Theater, Lebensmittelladen usw. zwangseingewiesen.

Die Regierung in BL fördert mit der Schliessung von kleinen Schulen und der Gründung von Elefantenschulen die Herumfahreei in grossem Masse. Ist staatlich verordnete Herumfahreei ökologisch weniger schädlich als die wenigen Kinder, die mehrheitlich mit dem ÖV an ihre nichtstaatliche Schule fahren?

In Deutschland konnten 70% der vom Staat geschlossenen Dorfschulen durch private gerettet werden. Bei Annahme unserer Initiative könnten die Gemeinden oder die Eltern mit der Pro-Kind-Pauschale, die von der Schliessung bedrohte Dorfschule, als Verein oder Stiftung in Eigenverantwortung weiterführen.

Die Grünen lehnen darum die Initiative „Ja zur Bildungsvielfalt“ in der vorliegenden Form ab und unterstützen einen Gegenvorschlag, der einerseits eine kriteriengeleitete Finanzierung alternativer Schulen ermöglicht und andererseits das Recht auf freie Wahl unter den staatlichen Schulen begrenzt.

Wir sind gespannt auf den Gegenvorschlag der Grünen.

Aktuelle Informationen zum Ist-Zustand im Bildungswesen in BL finden Sie unter:

- Bildungsbereich 2007 vom 21.12.07 (1/3 der Kinder erreichen die Lernziele nicht, Maturitätsquote sinkt)**
- Statistik Nr. 01 2006 (Zweiklassenschule nimmt zu)**

Informationen zum Thema aus der Kinder- und Bildungsforschung finden Sie bei: Professor Jürgen Oelkers (Bildungsforscher), Professor Remo Largo (Kinderarzt), Stefan Wolter (Bildungsforscher), Manfred Spitzer (Gehirnforschung), Ludger Wössmann (Bildungsforscher: „Letzte Chance für gute Schulen“ Verlag ZABERT SANDMANN). Erfahrungen mit der freien Schulwahl haben die erfolgreichen nordischen Länder wie die Niederlande, Finnland, Schweden usw.